Finanzen – Zwischenbericht in Engstingen

Der Haushalt krankt

ENGSTINGEN. »Das Virus hat den Haushalt erreicht, der sich inzwischen in leicht fiebrigem Zustand befindet.« Der Engstinger Bürgermeister Mario Storz deutete die Symptome, Kämmerer Alexander Ott stellte die Diagnose und belegte sie mit Zahlen: Die Auswirkungen der Corona-Krise machen sich im kommunalen Etat bemerkbar. Mit Blick auf die Schlüsselzahlen sprachen Storz und Ott von »massiven Belastungen. Zu den Haupteinkommensquellen gehören die Steueranteile, die 2020 drastisch einbrechen. Für Engstingen heißt das: Der Gewerbesteueranteil verringert sich von erwarteten 950 000 Euro voraussichtlich auf 778 000 Euro. Die Einkommenssteuer musste Ott von 3,122 auf 2,787 Millionen Euro korrigieren und der Umsatzsteueranteil sinkt von 295 100 auf 273 300 Euro.

Die Corona-Soforthilfe des Landes – Engstingen bekommt aus diesem Topf 67 900 Euro – fängt die Verluste nicht ansatzweise auf. Ein Defizit entsteht auch durch die Schließung beziehungsweise den eingeschränkten Betrieb in den Kindergärten, es fehlen Gebühreneinnahmen in Höhe von 17 930 Euro. Die Zuschüsse an die freien Träger flossen trotzdem. Außerdem entfallen Eintrittsgelder für geschlossene Einrichtungen wie das Automuseum und das Schwimmbad.

Automuseum öffnet im Juli

Das Museum wird, wie der Bürgermeister auf Nachfrage aus dem Gremium berichtete, voraussichtlich Anfang Juli wieder öffnen. Trotzdem werden größere Umsätze fehlen, wie sie sonst vor allem beim traditionellen Oldtimertreffen am 3. Oktober erwirtschaftet werden. Bitter: Ausgerechnet in diesem Jahr hätte die 20. Ausgabe des Roller- und Kleinwagentreffens etwas größer gefeiert werden sollen – das Verbot von Großveranstaltungen bis Ende Oktober macht's unmöglich.

Engstingen muss wegen Corona nach Otts Rechnung in Summe auf Erträge in Höhe von einer halben Million Euro verzichten. Dem gegenüber stehen Mehrausgaben von 555 500 Euro. Den Planansatz für den Ergebnishaushalt muss Ott von (plus!) 339 250 Euro auf minus 216 250 Euro korrigieren, im Finanzhaushalt halbiert sich die Prognose von 1,14 Millionen auf 584 750 Euro. (ma)

Konzert – Gundermann-Programm im Loretto

Schreiende

Betreuung – Gleich- statt Sonderbehandlung: Engstingen beharrt auf identischen Verträgen mit allen drei freien Trägern

Dem Waldorfkindergarten fehlt Geld

VON MARION SCHRADE

ENGSTINGEN. Drei Partner, ein einheitlicher Zuschussvertrag: Was die Kooperation mit den freien Trägern im Kindergartenbereich betrifft, war und ist der Gemeinde Engstingen sehr am Gleichbehandlungsprinzip gelegen. Das betonte Bürgermeister Mario Storz in der Gemeinderatssitzung am Mittwoch mehrfach. Grund dafür war eine Diskussion, die sich an einem Tagesordnungspunkt entfacht hatte, der eigentlich unter die Rubrik Formalitäten fällt. Die Verträge mit den drei freien Trägern – der katholischen Kirchengemeinde, der evangelischen Kirchengemeinde und der Initiative für Waldorfpädagogik – werden alle paar Jahre überprüft und neu gefasst. Darin festgehalten wird, inwiefern sich die Kommune am Betrieb beteiligt – konkret: wie hoch die Zuschüsse für den laufenden Betrieb sind.

Das Routine-Thema stand auch dieses Jahr an, mit den beiden Kirchengemeinden ist die Kommune – jeweils mit Zustimmung des Gemeinderats – schon einig geworden. Die Corona-Krise ist schuld daran, dass die Sitzung, in der der Deal mit der Waldorfschule unter Dach und Fach gebracht werden sollte, ein wenig nach hinten rückte. Vorberaten aber waren die Vertragsmodalitäten schon – dafür gibt es sogar einen eigenen Ausschuss, der sich aus Vertretern der Verwaltung, des Gemeinderats und der freien Träger zusammensetzt.

Die meisten sind Auswärtige .

Insofern wunderte sich so mancher im Gemeinderat, dass der fertige Vertrag nicht einfach durchgewunken, sondern von Andrea Heyne-Huck, der Geschäftsführerin der Initiative für Waldorfpädagogik, in einer ausführlichen Argumentation in der Gemeinderatssitzung noch einmal grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt wurde. Wie bei den anderen beiden Trägern auch, hatte die Gemeinde vorgeschlagen, im Kindergarten 70 Prozent der Betriebskosten, in der Krippe für die unter Dreijährigen sogar 100 Prozent der Betriebskosten zu übernehmen.

Zu wenig, findet die Waldorfinitiative und begründet ihren Einwand damit, dass sie rechnerisch auf 25 Prozent der Kosten – rund 100 000 Euro – sitzen bleibt. Die Deckungslücke sei nicht aus eigener Kraft zu schließen, schilderte Heyne-Huck die »finanzielle Misere«. Warum? Zum einen habe der Trägerverein im Gegensatz zu den Kirchengemeinden keine übergeordnete Organisation im Rücken, die finanziell einspringen könne. Heyne-Huck sprach von einem »systemimmanenten Defizit«. Zum Anderen limitiere das Privatschulgesetz die Höhe der Elternbeiträge und andere Möglichkeiten, Einkommen zu generieren.

Ein Bild aus Zeiten vor Corona: Der Martinimarkt mit seinen selbst gemachten Sachen ist der Publikumsmagnet unter den Veranstaltungen der Waldorfinitiative in Engstingen.

FOTO: LEIPPERT

Als zusätzliche Geldquellen bleiben damit nur freie Spenden und die Einnahmen bei öffentlichen Veranstaltungen wie beispielsweise dem Martinimarkt, die in Corona-Zeiten natürlich flach fallen. Was also tun? Die Geschäftsführerin zeigte zwei Möglichkeiten auf. Erstens: Der Waldorfkindergarten bekommt höhere Zuschüsse von der Kommune als die anderen beiden Träger – vorausgesetzt, diese würden das mittragen. Zweitens: Engstingen orientiert sich am »Tübinger Modell« und bezuschusst Plätze, die von einheimischen Kindern in Anspruch genommen werden, mit 100 Prozent, die der Auswärtigen aber nur mit dem gesetzlichen Mindestsatz.

Bürgermeister Mario Storz signalisierte Verständnis für die Situation, führte aber auch stichhaltige Gegenargumente an. »Es gibt keinen Automatismus, dass Kirchengemeinden Geldquellen auf höherer Ebenen anzapfen können. Sie finanzieren ihren Anteil aus Steuern und Spenden – und auch die stehen nur begrenzt zur Verfügung.« Reiche das Geld nicht, müssen auch die Kirchengemeinden ihr Defizit über Einnahmen aus Aktionen decken oder sich nach Einsparungsmöglichkeiten umsehen.

Ihm sei wichtig, »dass wir bei allen drei Partnern mit identischen Verträgen operieren«. Das müsse auch gelten, wenn man nach dem Tübinger Modell verfahren würde – mit der Konsequenz, dass die Gemeinde dann insgesamt deutlich mehr Zuschüsse auszahlen müsste. Denn die kirchlichen Einrichtungen werden zum überwiegenden Teil von Kindern aus Engstingen besucht. Ganz im Gegensatz zum Waldorfkindergarten: Den Anteil der Einheimischen bezifferte Andrea Heyne-Huck auf Nachfrage von Gemeinderat Ulrich Kaufmann auf 35 bis 40 Prozent. Die übrigen Kinder kommen aus umliegenden Gemeinden.

Unterstützung von Grüner Liste

Weil es Waldorfschulen und -kindergärten eben nicht überall gibt, hat die Einrichtung auf der Alb einen großen Einzugsbereich: »Die Kinder und Eltern nehmen Anfahrtswege von bis zu 50 Kilometern in Kauf«, so Heyne-Huck. Auf dieser Grundlage tue er sich unheimlich schwer, über höhere Zuschüsse zu diskutieren, gestand Ulrich Kaufmann. Der Gemeinderat – so sahen es auch der Bürgermeister und viele Ratskollegen – sei in erster Linie der Kommune und ihren Bürgern verpflichtet und nicht den Nachbarorten, die vom Schul- und Betreuungsstandort Engstingen profitieren. Was beim »Austausch« von Kindergartenplätzen über Gemeindegrenzen hinweg an Ausgleichszahlungen zwischen den Kommunen fließt, ist auf Landesebene geregelt, erinnerte der Bürgermeister. Stellschrauben, an denen die Kommune drehen kann, gibt es hier also nicht.

Mit Blick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz stimmte die Mehrheit des Gremiums gegen eine Sonderregelung für den Waldorfkindergarten und für den Vertragsentwurf der Verwaltung. Dagegen waren die beiden anwesenden Vertreter der Offenen Grünen Liste. »Alle anderen Träger sind über Steuergelder finanziert, nur der Waldorfkindergarten nicht, der einen wichtigen Beitrag zur pädagogischen Vielfalt in Engstingen leistet«, argumentierte Hans-Martin Hipp. Man dürfe der Einrichtung jetzt nicht das Fundament abgraben und sich nachher darüber ärgern, dass man im Extremfall einer Schließung wegfallende Plätze anderweitig zu kompensieren habe.

Rudi Giest-Warsewa teilte Hipps Sorge, dass ein weiteres pädagogisches Konzept verloren gehen könnte – der Gemeinderat hatte sich in seiner Sitzung vor zwei Wochen erst mit der Einstellung des Montessori-Zugs an der Großengstinger Grundschule befasst. »Ich wünsche mir mehr Solidarität der Träger untereinander«, verlieh Giest-Warsewa seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Kirchengemeinden Verständnis für die Situation aufbringen und einer Sonderbehandlung der Waldorfinitiative zustimmen könnten.

Vorschlag, dem Waldorfkindergarten »symbolisch« mit einer Aufstockung der Zuschussquote auf 75 Prozent entgegenzukommen, lehnte der Bürgermeister ab: »Diese Symbolik stößt die anderen Partner vor den Kopf, das wäre ein ganz schlechtes Signal.« Gleichwohl: Dass weiterer Gesprächsbedarf bestehe, sei angekommen. Man werde den Vertrag mangels Alternative so unterzeichnen, kündigte Andrea Heyne-Huck an, die nun hofft, dass das Thema zeitnah erneut diskutiert und der Vertrag dann eventuell doch noch novelliert wird. (GEA)